

**Entwurf des Haushaltsplans 2008;
Ansätze im Bereich des Kommunalreferates;
Verwaltungshaushalt**

Sitzungsvorlage Nr. 02-08 / V 10843

1 Anlage

Beschluss des Kommunalausschusses vom 18.10.2007 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

1. Ausgangssituation

Mit dem Eckdatenbeschluss am 18.07.2007 hat der Stadtrat, ausgehend von den

- Ansätzen des Haushaltsjahres 2007 (mit 1. Nachtragshaushaltsplan),
- Anmeldungen der Referate und anschließender Modellrechnungen zu den geplanten Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts durch die Stadtkämmerei und
- ggf. vorgenommenen Veränderungen in den Chefgesprächen,

referatsspezifische Budgetvorgaben für das Haushaltsjahr 2008 verbindlich festgelegt. Die Referate teilen das ihnen im Eckdatenbeschluss zugeteilte Budget aufgabengerecht auf und erstellen damit zugleich den Entwurf ihres Referatshaushaltes, der dann den Fachausschüssen zur Beratung vorgelegt wird.

Darüber hinaus werden aktuelle Entwicklungen, die sich nach dem Eckdatenbeschluss ergeben, in das weitere Haushaltsplanaufstellungsverfahren einbezogen und – soweit verwaltungsintern darüber Konsens besteht – in den vorzulegenden Haushaltsplanentwurf aufgenommen.

Gegenstand der Beratungen bilden nur die Einnahmen- und Ausgabenansätze des Verwaltungshaushalts. Die Ansätze für die Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen und ab dem Haushaltsjahr 2008 auch die Ansätze für das sog. bewegliche Vermögen (Gruppierung 935) sind nicht Gegenstand dieser Vorlage, sondern werden aus-

schließlich auf der Grundlage des am 18.07.2007 in der Vollversammlung des Stadtrates verabschiedeten Mehrjahresinvestitionsprogramms 2007 – 2011 geplant.

Die endgültige Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2008 ist für die Sitzung der Vollversammlung des Stadtrates am 19.12.2007 vorgesehen. Nach den aktuellen Planungen der Stadtkämmerei soll der Haushaltsplan 2008 letztmalig nach diesem Verfahren aufgestellt und dargestellt werden.

2. Veränderung der vorgegebenen Eckwerte

2.1 Einnahmenansätze

Im Rahmen des Eckdatenbeschlusses wurden für das Kommunalreferat für das Haushaltsjahr 2008 Gesamteinnahmen in Höhe von 88.397 T€ prognostiziert. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf sieht jedoch Gesamteinnahmen in Höhe von 89.879 T€ und damit um 1.482 T€ mehr gegenüber den ursprünglichen Planungen für 2008 vor. Veränderungen zur ursprünglichen Planung haben sich dabei ergeben:

UA 0640 „Büroraummanagement“

Beim Büroraummanagement wird für den nichtunternehmerischen Teil des Verwaltungsgebäudes Eichstätter Str. 2 (Kfz-Zulassungstelle) die umsatzsteuerrechtlich anzusetzende unentgeltliche Wertabgabe nach Berechnung der Herstellungskosten für das Gebäude nunmehr bis einschließlich 2006 gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 1.760 T€ erhöht. Der Gesamtbetrag wird zur Abführung der anteiligen Umsatzsteuer einnahmen- und ausgabenseitig (siehe auch Ziffer 2.2) durchgebucht.

UA 7010 „Bedürfnisanstalten“

Bei den Bedürfnisanstalten wird die Einnahmenerwartung um 30 T€ verringert, nachdem die anteilige Beteiligung der SWM an den unterirdischen Anlagen nach der im Juni 2007 erfolgten Abrechnung für 2006 auch für das Haushaltsjahr 2008 (dann Abrechnung 2007) voraussichtlich geringer ausfallen wird.

UA 8700 „Parkhäuser, Tiefgaragen“

Nach einem Pächterwechsel ist von einer höheren Umsatzpacht in Höhe von 85 T€ auszugehen.

UA 8801 „Besonderes Grundvermögen“

Im aktuellen Haushaltsplanentwurf sinken hier die Gesamteinnahmen um 333 T€ zur bisherigen Planung, obwohl die Haushaltskonsolidierungsvorgabe (VV 14.12.2005) mit Mietmehreinnahmen in Höhe von 845 T€ veranschlagt wurde. Nachdem der Stadtrat am

18.07.2007 die Privatisierung des Fleischgroßmarkts auf dem Gelände der Markthallen München zum 01.08.2007 beschlossen hat, entfallen jedoch ab dem Haushaltsjahr 2008 die Einnahmen in Höhe von 1.257 T€, die der städtische Haushalt durch die Miet- und Pachtverhältnisse im Fleischmarkt erhalten hatte. Aus steuerlichen Gesichtspunkten musste seinerzeit vermeiden werden, dass der zum 01.01.2005 in den Eigenbetrieb „Schlachthof München“ umgewandelte „Schlacht- und Viehhof“ (UA 7400) ein Betrieb gewerblicher Art wird. Daher hatte der Stadtrat am 07.07.2004 entschieden, den bis zur Privatisierung vom Eigenbetrieb verwalteten Fleischgroßmarkt dem Hoheitshaushalt zuzuordnen (UA 8801). Die Einnahmen und Ausgaben des Fleischmarkts wurden daher ab dem Haushaltsjahr 2005 im Haushalt veranschlagt (HST 8801.110.2000.9 und 8801.675.0000.3).

Mit der Privatisierung des Fleischmarkts entfallen nun die bisherigen Einnahmen in Höhe von 1.257 T€, aber auch die bisherigen Ausgaben in Höhe von 961 T€. Diese zunächst unwirtschaftlich erscheinende Entscheidung war jedoch aus unternehmerischer Sicht weitsichtig und dringend notwendig, weil der Fleischmarkt in der betrieblichen Gewinn- und Verlustrechnung (in die alle Erträge und Aufwendungen und nicht nur die zahlungswirksamen Einnahmen und Ausgaben eingerechnet werden) bis zuletzt leicht defizitär war und zudem in den nächsten Jahren Investitionen in die Gebäude in Höhe von 3,5 - 4 Mio. € durchzuführen gewesen wären. Den Mindereinnahmen aus dem nunmehr im Erbaurecht verpachteten Fleischmarkt stehen anteilige Pachteinahmen in Höhe der bisherigen kalkulatorischen Kosten gegenüber, den der Hoheitshaushalt (UA 8801) als internes Pachtentgelt von den Markthallen erhält. Den Markthallen wird hierzu das Grundvermögen am Fleischmarkt zur betrieblichen Nutzung überlassen, aber die Unterhalts- und Bewirtschaftungspflicht auferlegt. Summarisch ergeben die Mindereinnahmen, Minderausgaben und das interne Pachtentgelt zusammen mit dem umgesetzten Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 845 T€ eine Reduzierung des Einnahmenansatzes des gesamten Unterabschnitts 8801 um 333 T€ gegenüber den bisherigen Planungen.

2.2 Ausgabenansätze (Sachausgaben)

Der mit dem Eckdatenbeschluss vom 18.07.2007 für das Kommunalreferat festgesetzte Eckwert im Sachausgabenbereich in Höhe von 53.379 T€ (ohne Konsolidierungsbeitrag) wurde mit dem vorliegende Haushaltsplanentwurf um 495 T€ überschritten. Diese Abweichung ist auf Veränderungen des gesondert und des pauschal bewerteten Bereichs zurückzuführen.

Gesondert bewerteter Bereich

Die Einnahmenerhöhung um 1.760 T€ der steuerlich relevanten unentgeltlichen Wertabgabe beim UA 0640 „Bürraummanagement“ wirkt sich durch den damit zusammenhängenden Buchungsvorgang in gleicher Höhe ausgabenerhöhend aus.

Pauschal bewerteter Bereich

Der pauschal bewertete Sachausgabenbereich verringert sich gegenüber dem Eckwert um 1.265 T€. Nachdem die Privatisierung des Fleischgroßmarkts zum 01.08.2007 neben Mindererträgen, die bisher an den städtischen Haushalt abgeführt wurden, auch Minderausgaben zur Folge hat, sind die bisherigen Ausgabemittel hierfür in Höhe von 961 T€ nicht mehr zu veranschlagen. Daneben werden als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung insgesamt 304 T€ konzeptgemäß eingespart. Das neu mit der Stadtkämmerei abgestimmte Feinkonzept 2008 (siehe Ziffer 3 dieser Vorlage und die Vorlage des Haushaltskonsolidierungsfeinkonzepts des Kommunalreferates in gleicher Sitzung) sieht nunmehr eine Einsparung im Sachetat in Höhe von 291 T€ vor. Der ausgabenseitig daher nun zu viel abgezogenen Betrag in Höhe von 13 T€ wird über den Schlussabgleich zum Haushaltsplan 2008 korrigiert.

2.3. Personalausgaben (pauschal bewerteter Bereich)

Das Personalausgabenbudget des Kommunalreferates für 2008 konnte mit dem Personal- und Organisationsreferat einvernehmlich festgelegt werden. Gegenüber dem Haushaltsplan 2007 wurden die Personalausgabenansätze in Folge verschiedener einzelner Veränderungen und dem Konsolidierungsanteil beim Bewertungsamt als sog. „Zentraler Dienstleister“ (siehe auch Ziffer 3) um insgesamt 28 T€ gekürzt. Im Grundsatz spiegelt dies die Vorgaben aus dem 2. und 3. Haushaltskonsolidierungskonzept wider, wonach der pauschal bewertete Bereich grundsätzlich keine Steigerung gegenüber dem Vorjahresansatz erfährt. Dennoch bitte ich Sie, folgende dauerhafte Veränderungen im Personalausgabenbudget des Kommunalreferates zu genehmigen:

a) Innenrevision für das Gesamtreferat (ohne Abfallwirtschaftsbetrieb)

Im Immobilienbereich des Kommunalreferats werden Grundstücksverhandlungen geführt und Grundstücksgeschäfte inhaltlich und formal vorbereitet, dem Stadtrat vorgelegt und nach dieser Entscheidung vollzogen, bei denen ohne weiteres Summen im zweistelligen Millionen-€-Bereich relevant sind und umgesetzt werden. Auch im gewerblichen An-, Vermiet- und Pachtbereich werden erhebliche Summen umgesetzt und Verpflichtungen für die Stadt übernommen. Das Kommunalreferat führt auch im Immobilienbereich (Facilitymanagement) insbesondere für Bauleistungen in Millionenhöhe Vergabeverfahren durch und erteilt auch dementsprechende komplexe Auftragsvergaben. Allein in den nächsten 5 Jahren werden Grundstücksfreimachungen mit einem Vergabevolumen von mind. 15 Mio. € für die Kasernenflächen (Funk- und Luitpoldkaserne), das Areal an der Heßstr. 120 (ehemaliger Katastrophenschutz mit Atombunker), die Gelände an der Dachauerstr. 110 (Lagerhallen) und an der Ecke Landsberger/Offenbachstr. (ehem. Stückgutgelände) durchgeführt. Der Vergabeumfang bei der Altbaumodernisierung beträgt zudem 3 Mio. €/Jahr.

Diese Vorgänge werden äußerst penibel behandelt und sind mit differenzierten internen Entscheidungsprozessen bis hin zur Stadtratsbefassung und dem nachfolgenden Vollzug einschließlich aller Geschäftsabläufe versehen. Es sind daher bisher keine einschlägigen Defizite zu Tage getreten.

Unabhängig davon, dass akute Vorfälle derzeit die Einrichtung einer Innenrevision zwar nicht erzwingen, halte ich es aber schon allein aufgrund der vorstehend dargestellten immobilienwirtschaftlichen und finanziellen Potentiale sowie rechtlichen Rahmenbedingungen mit den ausgesprochen hohen Geschäftswerten, den diffizilen Entscheidungsfindungsprozessen und den vorlaufenden weittragenden präjudizierenden Verhandlungen für vorausschauend und zweifellos hinreichend begründet, auch im Kommunalreferat einschließlich der Eigenbetriebe Markthallen München und Landwirtschaftliche Betriebe wie auch in anderen Referaten (z. B. dem Baureferat) und dem Abfallwirtschaftsbetrieb eine Innenrevision einzurichten.

Das Revisionsamt hat hierzu in seiner gutachtlichen Stellungnahme vom 20.09.2007 über die örtliche Rechnungsprüfung für die Landwirtschaftlichen Betriebe ausgeführt, dass die Funktion einer internen Revision als betriebsinternes Instrument zur Unterstützung der Werkleitung nur teilweise von der örtlichen Rechnungsprüfung ausgeführt werden kann.

Auch in der Bekanntgabe im Verwaltungs- und Personalausschuss vom 13.06.2007 wurde zum Thema „Weiterentwicklung des Maßnahmebündels gegen Korruption“ die Einrichtung einer Innenrevision nicht nur für den Bereich des Abfallwirtschaftsbetriebes München, sondern auch für das restliche Referat als Instrument im Hinblick auf eine wirksame Korruptionsprävention aufgeführt.

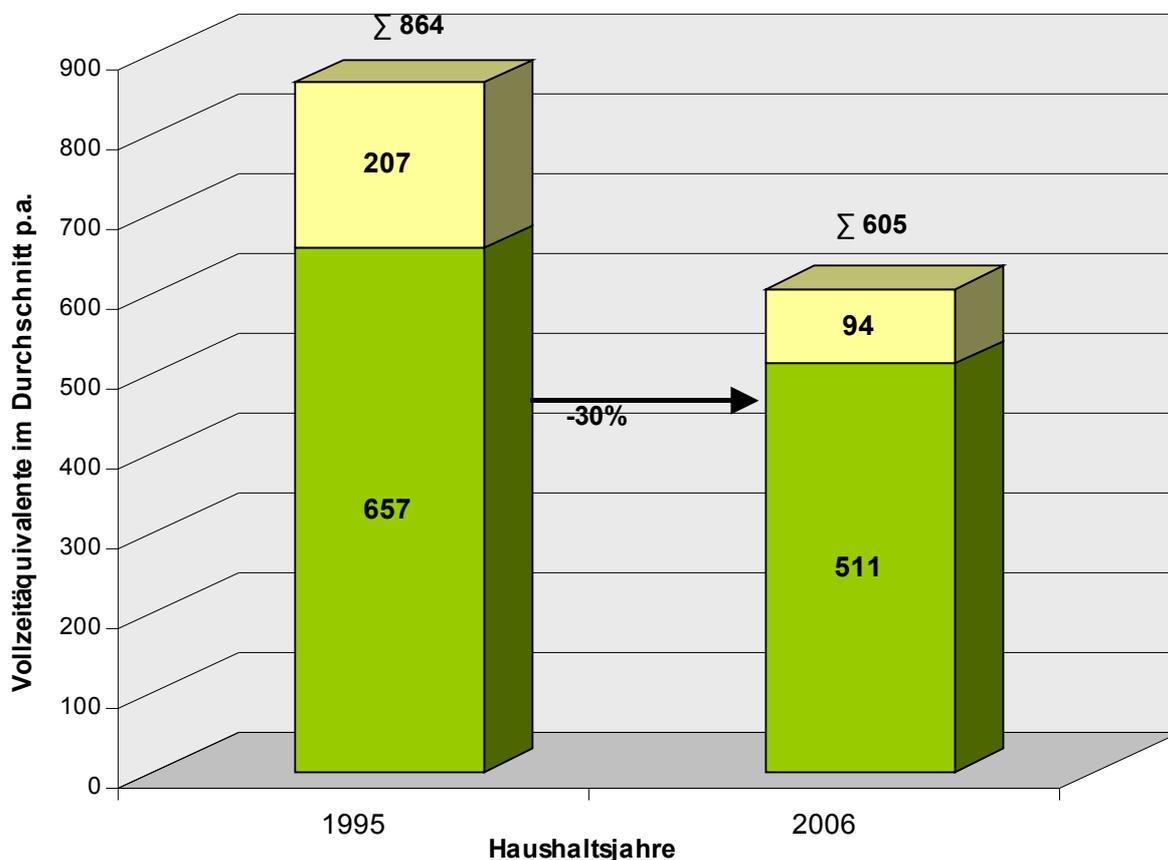
Ich bitte daher den Kommunalausschuss, diese konzeptionellen Überlegungen zur Einrichtung einer Innenrevision im Kommunalreferat (ohne AWM) und den hiermit verbundenen zusätzlichem Personalaufwand von 1½ Stellen mitzutragen.

b) Erhöhung der Personalausgabenansätze bei gleichzeitiger Reduzierung des Sachausgabenbudgets

Nach den Vorgaben des 2. Haushaltssicherungskonzeptes wurde der pauschal bewertete Personalausgabenbereich seit 1997 nicht mehr gesteigert. Dies hat und hatte zur Folge, dass alle personellen und finanzwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Personalausgaben (z.B. Personalausgabensteigerungen durch Tarifierhöhungen oder Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge der Angestellten) durch Einsparungen ausgeglichen werden mussten.

Es ist dem Kommunalreferat in den vergangenen Jahren gelungen, über ein eigens dafür aufgebautes Personalausgabencontrolling seine personalwirtschaftlichen Planziele, die laufenden Entwicklungen und die sich daraus ableitenden Dispositionen auch vor dem Hintergrund der sich stetig verschlechternden Rahmenbedingungen so zu treffen, dass das zur Verfügung gestellte Personalausgabenbudget eingehalten wurde. Dies konnte jedoch nur erreicht werden, indem die Beschäftigtenzahlen im pauschal bewerteten Personalausgabenbereich des Kommunalreferates verbunden mit unternehmerischen Richtungsentscheidungen kontinuierlich reduziert wurden, wie aus folgender Grafik ersichtlich wird:

Entwicklung des Personaleinsatzes im Kommunalreferat



- Großmarkthalle und Schlacht- und Viehhof
 (inzwischen Eigenbetriebe und nicht mehr im
 pauschal bewerteten Bereich)
- Kommunalreferat (ohne Abfallwirtschaft
 [=Gebührenhaushalt] und
 Landwirtschaftliche Betriebe [=Eigenbetrieb])

Über permanente Aufgabenkritik, wirtschaftliche Optimierungen und konzeptionelle Neuausrichtungen (z.B. Privatisierung der Schweine- und Großviehschlachtung, Unternehmenskonzept Vermessungsamt, Fusion Großmarkthalle München und Schlachthof München, Privatisierung der WC-Anlagen) hat das Kommunalreferat bei der Reduzierung des Personaleinsatzes von 864 auf 605 Vollzeitäquivalenten die gleichzeitig mit den Haushaltssicherungskonzepten fortentwickelten Aufgaben bedarfsgerecht unter Einhaltung des Personalausgabenbudgets bis 2006 erfüllt. In 2006 konnte jedoch erstmals das Personalausgabenbudget des Kommunalreferates nicht vollständig eingehalten werden und lag mit 465.600 € über dem Haushaltsplanansatz (die Ansatzüberschreitung konnte aus dem Budget des Kommunalreferates gedeckt werden). Auch die aktuelle Hochrechnung des Personal- und Organisationsreferates für die Personalkosten des Kommunalreferates (ohne Eigenbetriebe) in 2007 liegt mit 790.700 € über dem Haushaltsplanansatz 2007.

Gründe hierfür sind u.a. die im Konsolidierungszeitraum liegenden Lohn- bzw. Besoldungserhöhungen sowie der sich aufgrund des Personalabbaus (durch den nahezu kompletten Verzicht auf Neueinstellungen) verändernde Altersaufbau der Beschäftigten (überwiegend hohe bis höchste Dienstaltersstufen). Auch für das Haushaltsjahr 2008 setzt sich diese Entwicklung fort, die nicht mit weiteren Personalreduzierungen aufgefangen werden kann. Weitere Personalreduzierungen würden die Aufgabenerfüllung nicht mehr gewährleisten; dabei ist vor allem an die Sicherung des städtischen Grundstücksmanagements und die Bodenvorratspolitik, die anteilige Finanzierung des städtischen Haushalts mit Miet- und Pachteinnahmen, die städtische Immobilienbewertung sowie die Bereitstellung des Geodatenpools als unverzichtbaren Betrag zur stadtweiten Steuerungsunterstützung zu denken.

Aufgrund des 3. und 4. Haushaltskonsolidierungskonzeptes (HSK) kommt jedoch eine Ausweitung des Gesamtbudgets für das Kommunalreferat nicht in Frage. Die bisher über das 3. HSK geplanten, aber wie oben dargestellt nicht vollständig realisierten Personalkosteneinsparungen können nur über Einsparungen beim Sachetat erbracht werden. Im Hinblick auf das derzeitige aus der Hochrechnung erkennbare strukturelle Defizit im Personalbereich in Höhe von 790.700 € bitte ich daher, über entsprechende Einsparungen beim Sachetat das Personalausgabenbudget zu erhöhen. Damit können die Vorgaben für das Kommunalreferat durch das 3. Haushaltssicherungskonzept insgesamt eingehalten werden (siehe nachstehende Darstellungen):

Die Finanzierung der Personalausgabenausweitung in Höhe von 790.700 € erfolgt im Einzelnen:

| Haushaltsstelle | Bezeichnung | | Ansatz 2008 "Grauer Entwurf" | Ansatz 2008 Schluss-ab- gleich | Veränderung |
|-----------------|---------------------------|--|------------------------------------|--------------------------------------|-------------------|
| | Unterabschnitt | Gruppierung | | | |
| 0350.500.8000.7 | Kommunalreferat | Unterhaltung eigener Gebäude, kleiner Bauunterhalt | 56.400 € | 10.000 € | -46.400 € |
| 0350.520.0000.3 | Kommunalreferat | Einrichtungs-, Ausstattungsgegenstände | 140.000 € | 70.000 € | -70.000 € |
| 0350.650.0000.8 | Kommunalreferat | Geschäftsausgaben | 130.000 € | 120.000 € | -10.000 € |
| 6120.610.0000.8 | Vermessungsamt | Gebühren und technische Fremdleistungen | 95.000 € | 80.700 € | -14.300 € |
| 7010.501.0000.0 | Bedürfnisanstalten | Unterhalt für Gebäude u. Grdst. ¹ | 300.000 € | 100.000 € | -200.000 € |
| 7010.543.0000.2 | Bedürfnisanstalten | Reinigung ¹ | 556.900 € | 406.900 € | -150.000 € |
| 8800.501.0000.2 | Allgemeines Grundvermögen | Unterhalt für Gebäude u. Grdst. ² | 100.000 € | 50.000 € | -50.000 € |
| 8800.515.4000.8 | Allgemeines Grundvermögen | Unterhaltung unbebaute Grundst. | 100.000 € | 30.000 € | -70.000 € |
| 8801.540.3000.6 | Besonderes Grundvermögen | Sonstige Kosten der Haus- und Grundbewirtschaftung | 4.200.000 € | 4.100.000 € | -100.000 € |
| 8801.655.0000.5 | Besonderes Grundvermögen | Rechtsmittel und ähnliche Kosten | 150.000 € | 70.000 € | -80.000 € |
| | | | | Zwischensumme Minderausgaben | -790.700 € |

¹ Reduzierter Bedarf nach Privatisierung

² weniger wg. Veräußerung besonders unwirtschaftlicher Anwesen

Vergleich Sachausgabenbudget und Personalausgabenbudget alt/neu:

| | Sachausgaben in T€ | Personalausgaben in T€ |
|-------------------------|-----------------------|---------------------------|
| alt | 53.873 | 33.080 |
| neu | 53.082 | 33.871 |
| Veränderung in % | -1,50 | +2,40 |

Um die Aufgabenerfüllung weiterhin gewährleisten zu können, bitte ich Sie dieser Umschichtung vom Sachausgabebetrag auf den Personalausgabebetrag zuzustimmen.

3. Konsolidierungsbeitrag 2008

Nach dem Eckdatenbeschluss beträgt der Beitrag des Kommunalreferates für das Haushaltsjahr 2008 insgesamt 1.076 Tsd. €, von denen 845 Tsd. € über Einnahmensteigerungen (siehe Ziffer 2.1) und 304 Tsd. € über Ausgabeneinsparungen erwirtschaftet werden. Durch die Fortsetzung des Konzepts zum Umgang mit unwirtschaftlichen Anwesen können insgesamt 207 T€ Bauunterhaltungsmittel für das Haushaltsjahr 2007 weniger veranschlagt werden (HST 8801.501.0000.1). Des Weiteren führen Einnahmenverbesserungen bei den Landwirtschaftlichen Betrieben zu einer Reduzierung des Zuschusses zum Verlustausgleich im Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 97 T€ (UA 8500), sodass der Eigenbetrieb ab dem Haushaltsjahr 2008 alle landwirtschaftlichen Aufwendungen durch Erlöse deckt! Im Rahmen der zuschussfähigen Aufwendungen für das KULAP (Kulturlandwirtschaftsprogramm) beteiligt sich auch die Stadt gegenüber ihren Landwirtschaftlichen Betrieben mit einem Zuschuss zur „Grünbrache“. Wie unter Ziffer 2.2 dargestellt, hat sich gegenüber dem ursprünglichen Konsolidierungsbeitrag im Sachausgabenbereich noch eine Änderung in Höhe von 13 T€ auf nunmehr 291 T€ ergeben.

Daneben sind in den Zentralen Dienstleistungsbereichen der Stadtverwaltung nach dem Konsolidierungskonzept insgesamt zusätzlich jährlich 3,5% der Ausgaben einzusparen. Dies ergibt beim Kommunalreferat für das Haushaltsjahr 2008 einen zusätzlichen Konsolidierungsbeitrag in Höhe 25 T€, um den der Personalausgabenansatz des Bewertungsamtes (HST 6121.490.0000.4) verringert wird.

4. Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates

Mit Schreiben vom 11.10.2007 hat das Personal- und Organisationsreferat folgende Stellungnahme abgegeben:

„Die Einrichtung einer Innenrevision im Kommunalreferat wird vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung als sinnvolle Maßnahme zur Korruptionsbekämpfung gesehen.“

5. Stellungnahme der Stadtkämmerei

Mit Schreiben vom 11.10.2007 hat die Stadtkämmerei folgende Stellungnahme abgegeben:

„Sollte das Personal- und Organisationsreferat der Einrichtung einer Innenrevision und dem hiermit verbundenen zusätzlichen Personalaufwand für 1 1/2 Stellen (Punkt 2.3.a der Beschlussvorlage) zustimmen, sind die erforderlichen Mittel aus dem Referatsbudget zu finanzieren. Die Stadtkämmerei vertritt die Ansicht, dass derzeit wegen dem hohen Schuldenstand kein Spielraum für zusätzliche Belastungen des städtischen Haushalts durch die Ausweitung freiwilliger Leistungen besteht.

Gegen die weiteren Punkte in der Beschlussvorlage erhebt die Stadtkämmerei keine Einwendungen.“

6. Beteiligung der Bezirksausschüsse

In dieser Angelegenheit besteht kein Anhörungsrecht eines Bezirksausschusses.

7. Unterrichtung des Korreferenten und des Verwaltungsbeirates

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Helmut Pfundstein, wurde ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet. Die Sitzungsvorlage konnte aufgrund der stadtinternen Abstimmung nicht rechtzeitig zugeleitet werden.

8. Beschlussvollzugskontrolle

Diese Stadtratsentscheidung soll nicht der Beschlussvollzugskontrolle unterliegen, weil die endgültige Entscheidung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Haushaltsjahres 2008 in der Vollversammlung des Stadtrates am 19.12.2007 getroffen wird.

II. Antrag der Referentin

1. Die Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf 2008 des Kommunalreferates werden zur Kenntnis genommen.
2. Das im Haushaltsplanentwurf 2008 ausgewiesene Gesamtausgabenbudget im Verwaltungshaushalt des Kommunalreferates in Höhe von 86.951.500 € wird zur Kenntnis genommen.
3. Das Kommunalreferat wird beauftragt, im Benehmen mit dem Personal- und Organisationsreferat die im Vortrag unter Ziffer 2.3 a) dargestellten 1,5 Stellen (1 Stelle im gehobenen, ½ Stelle im mittleren Dienst) für die Einrichtung einer Innenrevision im Bereich des Kommunalreferates (ohne Abfallwirtschaftsbetrieb München) zu schaffen. Die Finanzierung dieser zusätzlichen Stellen erfolgt über eine Erhöhung des Personalausgabenansatzes bei UA 0350 Kommunalreferat aus dem Hoheitshaushalt. Hierfür sind rd. 71.500 € einzuplanen (Jahresmittelbeiträge aus E 11 und A 7).
4. Das Personalausgabenbudget des Kommunalreferates wird, wie im Vortrag unter Ziffer 2.3 b) dargestellt, bei gleichzeitiger Reduzierung des Sachausgabenetats in dieser Höhe bedarfsgerecht um 790.700 € über den Schlussabgleich zum Haushaltsplan 2008 erhöht.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Strobl
2. Bürgermeisterin

Friderich
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III.
über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Revisionsamt
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Personal- und Organisationsreferat-P 2.02
an das Personal- und Organisationsreferat-P 2.22
an die Stadtkämmerei-HA II

z.K.

- V. Wv. Kommunalreferat – Geschäftsleitung, GL 2

Kommunalreferat

- I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
- II. An
das Büroraummanagement
die Liegenschaftsverwaltung
die Abteilung Recht und Verwaltung
die Abteilung Grundstücksverkehr
das Vermessungsamt
das Bewertungsamt
die Forstverwaltung
die Landwirtschaftlichen Betriebe
die Geschäftsleitung – GL 1
die Geschäftsleitung – GL 4
den Referatspersonalrat

z.K.

Am _____

I.A.

Herr Schwarz